

PRESSEMITTEILUNG

Stark verbesserungsbedürftig: In Schleswig-Holstein fehlen fundamentale Angebote zur Suizidprävention.

Bad Schwartau, 30.04.2024

Im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Sozialausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat der DBfK Nordwest Stellung genommen zu dem Bericht der Landesregierung zu Suiziden und zur Suizidprävention und dabei erhebliche Lücken in der Prävention, Früherkennung und Versorgung der Bevölkerung konstatiert.

„Diese Missstände greift der Bericht überhaupt nicht auf“, betont Swantje Seismann-Petersen, stellvertretende Vorsitzende des DBfK Nordwest. „In unserem Bundesland gibt es zum einen keinen einzigen Anbieter für die psychiatrische häusliche Krankenpflege, obwohl der Gemeinsame Bundesausschuss im Jahr 2005 einen Rechtsanspruch darauf in den Richtlinien festgeschrieben hat. Zum anderen liegt die Zahl der in Schleswig-Holstein tätigen Psychotherapeut:innen mit Kassenzulassung je 100.000 Einwohner fast 20 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.“

Der DBfK leitet aus diesem Befund zentrale Forderungen ab:

- Die Anzahl an Psychotherapeut:innen mit KV-Zulassung muss dem Bedarf entsprechend erhöht werden.
- Die gesetzlich geforderte psychiatrische häusliche Krankenpflege ist als elementarer Baustein der Suizidprävention zu etablieren.
- Hilfestrukturen für ältere und pflegebedürftige Menschen sind mit dem Konzept des „Community Health Nursing“ auf- und auszubauen.
- Es braucht Angebote für Fort- und Weiterbildung sowie für die Supervision von Pflegefachpersonen.
- Auch beruflich Pflegende sind als Zielgruppe für Suizidprävention in den Blick zu nehmen, denn sie sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung u.a. aufgrund der Arbeitsbedingungen eher von Burnout und Depressionen und damit den Hauptrisikofaktoren betroffen.

„Pflegefachpersonen können und wollen Verantwortung für die Kontinuität der gesundheitlichen Versorgung übernehmen,“ so Swantje Seismann-Petersen. „Sie können informieren, beraten, erste Anzeichen z.B. von Vereinsamung oder andere Gefährdungsfaktoren erkennen und Maßnahmen zur Prävention einleiten. Dazu bedarf es zwingend auch entsprechender Angebote.“

Zum [Download](#) der Stellungnahme des DBfK Nordwest.

Regionalverband NordwestBödekerstraße 56
30161 HannoverAnsprechpartnerin:
Katharina von CroyT +49 511 696844-0
F +49 511 696844-299presse-nordwest@dbfk.de
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Pflegefachfrauen und -Männer, der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).